

Der Anteil des Bezirks Baden am Mehranbau der Kriegsjahre 1939-1945

Autor(en): **Käch, J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaarsblätter**

Band (Jahr): **22 (1947)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-322129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Anteil des Bezirks Baden am Mehranbau der Kriegsjahre 1939-1945

Von Landw.-Lehrer J. KÄCH, Brugg

Erde, du schenkst uns mehr als Brot,
Du schenkst uns die Kraft, die nie verlohnt,
Du schenkst uns den zähen Bauernmut
Im Morgenhauch, in der Mittagsglut,
Den Glauben, dass wir geborgen sind,
Mann, Fraue, Kind und Kindeskind.

Alfred Huggenberger.

1. Allgemeines.

Im Ackerbau des Bezirkes Baden haben sich im Laufe der letzten 100 Jahre, ähnlich wie im ganzen Kanton Aargau, bedeutende Wandlungen vollzogen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Krieges 1939—1945 ist ein ständiger Rückgang der Ackerfläche zu konstatieren, der nur durch den Weltkrieg 1914—1918 vorübergehend unterbrochen war. Dieser Rückgang wurde bewirkt durch bedeutende Verschiebungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die in diesem Zeitraum erfolgte rapide Entwicklung des Verkehrswesens erschloss der Schweiz die überseeischen Getreidegebiete. Diese waren in der Lage, das Getreide so billig zu liefern, dass der einheimische Getreideproduzent diesen Wettlauf nicht mehr mitmachen konnte. Infolge der Industrialisierung steigerten sich die Lebensansprüche weiter Bevölkerungskreise und damit auch der Bedarf nach Erzeugnissen der viehwirtschaftlichen Produktion. Einzig das etwas trockenere Klima und das Festhalten der Kleinbetriebe an einer gewissen Selbstversorgung verhinderte ein noch grösseres Verschwinden des Ackerbaues. Den Tiefstand der offenen Ackerfläche erreichte der Bezirk Baden im Jahre 1934 mit 1778 ha, das waren nur noch 23,4 Prozent der gesamten nutzbaren Kulturfläche ohne Wald. Zur gleichen Zeit war im Bezirk Muri die Ackerfläche auf 15 Prozent, im Kanton Thurgau sogar auf 11 Prozent gesunken. Dass eine solche Entwicklung nicht ohne Folgen bleiben konnte, ist uns heute klar. Die damals periodisch wiederkehrenden Milchwirtschaftskrisen und der rapide Preisrückgang bei den Milchprodukten sind bei den Landwirten

noch immer in Erinnerung. Unsere Landwirtschaft war derart auf die Milchwirtschaft eingestellt, dass eine Senkung des Milchpreises um einige Rappen das ganze Fundament zu erschüttern drohte. Nur dank der geschlossenen Organisation und der Einsicht unserer obersten Behörde waren katastrophale Auswirkungen zu verhüten.

2. Besondere Voraussetzungen.

Im grossen und ganzen waren die Voraussetzungen im Bezirk Baden für den Mehranbau nicht ungünstig. Jedenfalls was die klimatischen Verhältnisse anbetrifft, gehört er zu den günstigen bis sehr günstigen Ackerbaugebieten. Was der Durchführung gewisse Schwierigkeiten in den Weg legte, war die verhältnismässig grosse Zahl von kleinen bis sehr kleinen Betrieben mit meistens stark parzelliertem Grundbesitz. Diese Kleinbetriebe verfügten anfänglich weder über die notwendigen Zugkräfte noch über die notwendigen mechanischen Ackerbaugeräte. Durch sofortige Inangriffnahme von Güterregulierungen, von Meliorationen und durch genossenschaftliche Anschaffung von Zugkräften und Maschinen vermochte man diesen Hindernissen zu begegnen. Wir dürfen heute feststellen, dass diese Bestrebungen offensichtlich von Erfolg begleitet waren. An Kursen, in Vorträgen und durch Publikationen aller Art wurden die Bauern über die grosse Aufgabe der Sicherstellung der Landesversorgung orientiert. Die offene Ackerfläche inkl. Industriepflanzland und Kleinpflanzler nahm im Bezirk Baden wie folgt zu:

Im Jahre	Hektaren
1934	1778,0
1940	1923,5
1941	2556,5
1942	2964,0
1943	3290,5
1944—46	3510,0

Damit hatte sich die offene Ackerbaufläche seit Vorkriegszeit nahezu verdoppelt und erreichte 43,5 Prozent vom gesamten Kulturland ohne Wald, gegenüber 23,4 Prozent im Jahre 1934. Dass diese gewaltigen Leistungen nur mit steigendem maschinellen Einsatz möglich waren, zeigen deutlich die folgenden Zahlen. Die einzelnen Maschinen haben wie folgt zugenommen:

Art der Maschine	1939	1945
Eigentliche Pflüge	849	999
Hackpflüge	348	537
Scheibeneggen	23	56
Getreidesämaschinen	65	118
Binde-Mäher	5	17
Kartoffelgraber	44	119
Elektromotoren	740	878
Traktoren	130	171
Total	<u>2204</u>	<u>2895</u>

Diese Investitionen stellten an unsere Landwirte hohe finanzielle Opfer, welche durch die Produktpreise nicht immer ausgeglichen werden konnten.

Interessieren dürften auch die leistungs-ökonomischen Auswirkungen des Anbaues. Ganz allgemein deckte vor Kriegsbeginn unsere Landwirtschaft zirka 52 Prozent des Kalorienbedarfes des Schweizervolkes. Allerdings war der Anteil je nach Nährstoffgruppe ganz verschieden. Während der Fettverbrauch zu 75 Prozent, der Eiweissverbrauch zu 74 Prozent aus der Inlandproduktion stammte, konnte der Kohlehydratbedarf nur zu 36 Prozent gedeckt werden (grosse Importe an Brotgetreide und Zucker!) Der Anbauplan musste also nicht nur eine grosse Steigerung der Erzeugung, sondern auch eine Umstellung der Produktionsrichtung vorsehen. Beides suchte man auf dem kürzesten Weg durch eine massive Ausdehnung des Ackerbaues auf Kosten der Graswirtschaft zu erzielen. Eine gegebene Fläche Land kann wesentlich mehr Menschen ernähren, wenn Kulturpflanzen angebaut werden, welche direkt verwendbare Nahrungsmittel liefern, als solche, die zuerst über den tierischen Körper veredelt werden müssen. Die Produktion hochwertiger Eiweiss- und Fettnahrung aus dem Pflanzenbau mit Hilfe der Tierhaltung ist ein Prozess, der mit grossen energetischen Verlusten verbunden ist. Die Steigerung der Nährwerte verhält sich ungefähr

1 : 2,5 : 5

Grasbau Getreidebau Kartoffelbau

So handelte es sich in erster Linie darum, die Brotgetreide- und Kartoffelflächen auszudehnen. Dieser Forderung wurde auch im Bezirk Baden von der Landwirtschaft nachgelebt. Von den 3500 ha Ackerland entfielen 1945 in runden Zahlen



Brown Boveri Arbeiter im landwirtschaftlichen Anbauwerk.
Schwere Rodungsarbeit.



Arbeitseinsatz im Litzibuech bei Bremgarten auf einem Gelände, das entsumpft
und gerodet worden ist.



Ein abgelegenes idyllisches Waldstück (Rütihof-Siglistorf) an der Aarg.-Zürcher-
grenze wird der Landwirtschaft erschlossen.



Brown Boveri-Scheune im Pflanzwerk Rütihof-Siglistorf. Die Bilder erschienen
in der Brown Boveri Hauszeitung „Wir und unser Werk“ 1. und 2. Jahrgang, und
wurden uns zum Nachdruck überlassen.

1200 ha auf Brotgetreide, 1100 ha auf Kartoffeln und 600 ha auf Futtergetreide. Da ein Landwirtschaftsbetrieb gegenüber einem industriellen oder gewerblichen Betrieb eine gewisse starre Betriebsform aufweist, war eine solche Umstellung nicht immer leicht. Auch durfte das Verhältnis der einzelnen Betriebszweige untereinander nicht zu stark gestört werden. Weil zudem auch die Witterung einen wesentlichen Produktions-Faktor darstellt, vor allem im Getreide- und Kartoffelbau, dürften die sich ergebenden Schwierigkeiten auch dem Nichtfachmann klar sein.

3. Die Durchführung des Mehranbaues.

Als im September 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach und die Grenzen ringsum sich schlossen, wurde das ganze Schweizervolk von einem eisernen Willen der Selbstbehauptung gepackt. Glücklicherweise traf uns dieser neue Weltkrieg nicht unvorbereitet. Die Vorarbeiten und vorsorglichen Massnahmen für unsere wirtschaftliche Bereitschaft reichen weit in die Vorkriegszeit zurück. Die Botschaft des Bundesrates vom 12. Dezember 1938, die zum bedeutungsvollen Bundesbeschluss vom 6. April 1939 führte, ist heute noch ein lesenswertes Dokument. Der Bundesrat sah darin eine allmähliche Erweiterung des Ackerbaues auf 300 000 ha vor. Diese Zielsetzung bleibt auch für die friedenszeitliche Orientierung der landwirtschaftlichen Produktionspolitik.

Mit Begeisterung allein lässt sich allerdings auf die Dauer das schönste Werk nicht durchhalten. Auch die Durchführung des Mehranbaues hatte eine straffe, weitblickende Organisation zur Voraussetzung. Der «Plan Wahlen» wies den Weg, der zu beschreiten war. Voraussetzung dazu bildete die Aufnahme des landwirtschaftlichen Produktionskatasters. Dieser stellte sich die Aufgabe, ein umfassendes Inventar der Produktionsmöglichkeiten auf Grundlage der natürlichen und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse zu erstellen. Bei den dazu notwendigen Aufnahmen wurde für jede Gemeinde die optimale Ackerfläche ermittelt, d. h. die für eine Gemeinde tragbare Ackerfläche, ohne dass die Viehwirtschaft gefährdet wird. Das durch diese Vorarbeiten gesammelte Material wurde den Kantonen zur Verfügung gestellt.

Die eigentliche Durchführung des Mehranbaues ruhte auf

der Zusammenarbeit der kantonalen Zentralstelle für Ackerbau mit den örtlichen Ackerbaustellen. Bei der Verteilung der Ackerfläche war man bestrebt, die einzelnen Gemeinden und Bezirke des Kantons nach den wirtschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten zu belasten. Wenn die Verhandlungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden fast durchwegs ohne grosse Reibungen vor sich gingen, begannen sehr oft die Spannungen in den Gemeinden zwischen den Ackerbaustellen und dem einzelnen Betrieb. Es brauchte oft sehr viel aufklärende Kleinarbeit, um den Bauern die Notwendigkeit einer weiteren Ausdehnung des Ackerlandes klar zu machen. Mit Genugtuung kann heute festgestellt werden, dass die Landwirtschaft des Bezirkes Baden wie des ganzen Kantons die Massnahmen des Mehranbaues bereitwillig aufgenommen hat. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem auch der landwirtschaftliche Bezirksverein die Arbeiten für den Mehranbau in vorbildlicher Weise unterstützte. Viele Veranstaltungen, durch diese Vereinigung organisiert und finanziert, dienten ausschliesslich der Förderung des Ackerbaues und damit der Ausdehnung des Mehranbaues.

Selbstverständlich waren die Rückwirkungen derart einschneidender Massnahmen auf die Viehbestände unausbleiblich. Weil dieser Zweig der Landwirtschaft die zweite, vielleicht ebenso wichtige Quelle unserer Volksernährung darstellt, musste hier der Erhaltung einer gewissen Produktionskraft ebenfalls Beachtung geschenkt werden. Nicht nur musste ein Minimum an Milch- und Milchprodukten, an Fleisch und andern animalischen Lebensmitteln gewährleistet bleiben, sondern es war auch Rücksicht zu nehmen auf die Versorgung unserer Böden mit Hofdüngern, an die der Ackerboden grosse Anforderungen stellt. Ferner auf die Erhaltung, ja Steigerung der tierischen Zugkraft und nicht zuletzt auf die psychologische Rückwirkung, welche eine allzustarke Reduktion der Viehbestände mit sich gebracht hätte. Der Schweizerbauer hängt an seinen Tieren und er weiss, dass eine viehschwache Wirtschaft bei gleichzeitigem Mangel an Handelsdüngern automatisch auch zur Senkung der Ackerkulturen und damit zu einer extensiven Betriebsweise führt, die gerade in Kriegszeiten nicht zu verantworten ist.

Aus all diesen Gründen war eine sorgfältige Futter-

bilanz eine selbstverständliche Voraussetzung des Anbauplanes. Es musste darnach getrachtet werden, die Reduktion der Viehbestände wenn immer möglich langsamer vor sich gehen zu lassen, als die stufenweise Erweiterung des Ackerbaues voranschritt. Das war ein besonders schwieriges Unterfangen für die Schweine- und Geflügelbestände, deren Ernährung vor dem Krieg weitgehend auf Importfuttermitteln basierte. In Industriegegenden, wie sie der Bezirk Baden aufweist, war die Lösung dieser Frage speziell schwierig. Sehr ungünstig lagen die Voraussetzungen auch bei den Pferden; war doch der Anbau von Hafer so stark zurückgegangen, dass die kleine Schweiz zum grössten Haferimportstaat geworden war. Das ist der Grund, warum in den ersten Jahren des Anbauplanes der Futtergetreidebau relativ stärker gefördert werden musste als der Brotgetreidebau, eine Notwendigkeit, die vielfach nicht verstanden wurde.

Am leichtesten war die Aufgabe bei der Ernährung der Rindviehbestände zu lösen, weil bei dieser Kategorie das hauptsächlich verwendete Viehfutter schon vor dem Krieg weitgehend aus dem Inland stammte. Hier galt es durch Herabsetzung der grossen Konservierungsverluste mittels verbesserter Heuernte, Ausdehnung der Silowirtschaft und künstlicher Graastrocknung, sowie durch vermehrte Verwendung von Abfällen des Ackerbaues und durch eine Intensivierung des Zwischenfutterbaues nach Möglichkeit den Ausgleich zu schaffen. Der Bezirk Baden hat auch hier einen namhaften Beitrag geleistet. So betrug die Pflichtfläche für Zwischenfutterbau für den Bezirk Baden 173 ha; erreicht wurden jedoch laut Anbauerhebung 562 ha. Auch der Siloraum wurde ganz wesentlich ausgedehnt. Bis zum Jahre 1945 stieg die Zahl der Silos auf rund 380 mit einem Kubikinhalt von total 6998. Hier sind die «Ernährungsbunker», welche im Bezirk Baden eine rasche Abnahme der Viehbestände verhindert haben. Die Zahl der Kühe und des Jungviehs konnte nach dem ersten Rückschlag im Jahre 1940 und 1941 so ziemlich konstant durchgehalten werden, trotzdem die Ackerfläche noch weiter ausgedehnt werden musste. Dass dies trotz der Ablieferungspflicht von Heu und Stroh und zuletzt noch von Futtergetreide möglich war, beweist den tatkräftigen Einsatz und den guten Willen der Landwirte.

4. Der Anbau der Industrie und Kleinpflanzer.

Schon bei Beginn des Mehranbaues war klar zu erkennen, dass der Krieg den Bauernstand vor riesige Aufgaben stellen werde und dass die Erzeugung der lebensnotwendigen Nahrungs- und Futtermittel eine Angelegenheit des ganzen Volkes werden musste. Wenn wir durch die Ausdehnung des Ackerlandes bis fünfmal mehr menschliche Nahrung herausbringen als bei der gleichen Fläche Wiesland, so darf man nicht vergessen, dass das nur bei bedeutend grösserem Arbeitsaufwand möglich ist. Die Bewirtschaftung von einer Hektare erfordert beispielsweise im Jahr bei den verschiedenen Nutzungsformen folgenden Aufwand an Arbeitszeit:

Wiesland . . .	ca. 25 Arbeitstage
Getreide . . .	ca. 50 Arbeitstage
Hackfrucht . . .	ca. 100 Arbeitstage
Gemüse . . .	ca. 180 Arbeitstage

Wenn nun unsere Landwirtschaft schon vor dem Krieg durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung — heute nur noch 20,3 Prozent — unter einem ausgesprochenen Mangel an Arbeitskräften litt, um wie viel mehr musste bei dem vorgesehenen Mehranbau, dem völligen Ausfall der Saisonarbeiter und der gleichzeitigen Beanspruchung unserer Bauern durch die Armee, in erster Linie das Problem der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gelöst werden. Dazu kam, dass die Umstellung von der Milchwirtschaft auf den Ackerbau für den Landwirt nicht nur empfindliche Störungen in seinen regelmässigen Monatseinkünften mit sich brachte, sondern auch beträchtliche Anschaffungskosten für Saatgut, Dünger, Geräte und Maschinen. Man darf diese Mehrkosten je Hektare auf etwa 1000 Franken veranschlagen, was bei einem Zuwachs von rund 170 000 Hektaren Ackerland für die ganze Schweiz immerhin die runde Summe von 170 Millionen Franken ausmacht. Auch hier hätten die Kräfte der angestammten Landwirtschaft nicht ausgereicht. Deshalb musste nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch das Kapital des Schweizervolkes mobilisiert werden.

All diesen Erwägungen hat der Bundesrat im Rahmen der fortschreitenden Entwicklung des nationalen Mehranbauwerkes in zahlreichen Beschlüssen und Verfügungen Rechnung getragen. Am 1. Oktober 1940 legte er die Grund-

linie für die Mobilisierung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zum Zwecke des Mehranbaues fest. Sie musste in drei Stufen durchgeführt werden: Vorab wurde der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung eine möglichst weitgehende individuelle Selbstversorgung nahegelegt; dann wurde der kommunale Anbau in dem Sinn angeordnet, dass weniger Bemittelten Land für eine teilweise Selbstversorgung an Kartoffeln und Gemüse zur Verfügung gestellt wurde (Anbau in Park- und Sportanlagen); und schliesslich wurde die Mitwirkung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Industrie und Handel verfügt. Während hier anfänglich alle Unternehmungen mit mehr als 100 Arbeitnehmern oder mehr als 1 Million Franken Vermögen zum Anbau verpflichtet wurden, musste im Jahre 1943 und 1944 zufolge den zunehmenden Importschwierigkeiten dieser industrielle Mehranbau verschärft werden. Von diesem Datum an waren nämlich schon Betriebe mit 20 oder mehr Arbeitnehmern oder 500 000 Franken Vermögen der Anbaupflicht unterstellt, und das Pflichtmass von zwei Aren je angestellte Person wurde durch einen nach dem Vermögen im Verhältnis zur Arbeiterzahl abgestuften Zuschlag noch erhöht.

Im Bezirk Baden wurde diesem Aufruf des Bundesrates erfreulicherweise sehr rasch und in vorbildlicher Weise Folge geleistet. Neben dem grossen Anbauwerk der Firma Brown Boveri gründete sich sofort auch das Anbauwerk RIAB mit 18 angeschlossenen Firmen. Daneben wurden noch 24 weitere Industrie- und Handelsfirmen als anbaupflichtig erklärt. Die Anbaupflichtfläche dieser 43 Firmen betrug 294 ha. (Alle Firmen des Kantons total 814 ha.) Davon entfielen auf die Firma Brown Boveri 125 und auf die RIAB 48 ha. Von der gesamten Anbaufläche konnten 181 ha im Bezirk Baden untergebracht werden. In diesem Zusammenhang dürfen zwei Namen nicht unerwähnt bleiben: J. Eugen Weber, Generalsekretär der Firma Brown Boveri & Cie. und Arnold Schiffmann von der Firma Oederlin AG. Der persönlichen Initiative der Leiter der beiden grossen Pflanzwerke ist der Erfolg des Industrieanbaues nicht nur im Bezirk Baden, sondern im Kanton Aargau weitgehend zu verdanken. Mit dem Einsatz der Industrie wurde es möglich, eigentliches Neuland für den Mehranbau zu gewinnen. Es war oft eine harte und mühselige und für die meisten auch eine ungewohnte Arbeit.

Gruppe um Gruppe betriebseigener Arbeitnehmer mühten sich unter fachkundiger Leitung, das Land von Gestrüpp und Gestein zu säubern, Streuriede dem Anbau zu erschliessen und Wälder zu roden. Man war bestrebt, der kargen Erde unseres Heimatbodens neues Ackerland abzugewinnen. Die Rodungsfläche betrug im Bezirk Baden 120 Hektaren, d. h. rund $\frac{1}{8}$ der Rodungsfläche des Kantons. So entstanden überall die Aecker der Industrie.

Dabei kam der individuelle Anbau des einzelnen Arbeitnehmers keineswegs zu kurz; auch hier halfen Privatwirtschaft und öffentliche Korporationen durch kostenlose Ueberlassung von Pflanzland, durch Liefern von Dünger und Saatgut, durch Kurse über Gartenbau und Schädlingsbekämpfung. Auch diese Aktion war im Bezirk Baden von Erfolg gekrönt. Im Jahre 1945 wies der Anbau der Kleinpflanzer und Gartenbesitzer eine Fläche auf von 150 ha. Dank einer richtigen Planung und Anordnung, dank der straffen Organisation und schönen Zusammenarbeit aller Kreise wurden diese Erfolge erreicht. Der gleiche Dank, der unseren Landwirten für ihre Leistungen gebührt, darf auch den Industrie-Pflanzwerken und den Kleinpflanzern ausgesprochen werden.

5. Ausblick in die Nachkriegszeit.

Drückend lag in den Schicksalsjahren 1939 und 1940 die unsichere Zukunft auf allen Gemütern. Hunger, Materialmangel und damit Arbeitslosigkeit drohten. In diesem Moment hatte das grosse Anbauwerk neben der Sicherstellung der Landesversorgung noch eine andere grosse Aufgabe zu erfüllen, nämlich den Gemeinschaftsgeist und die Schicksalsverbundenheit des ganzen Volkes zu stärken. Auch diese Aufgabe scheint mit Erfolg gelöst worden zu sein. Die Unternehmungen unter sich, Arbeitgeber und Belegschaft, Stadt und Land sind einander nähergekommen. Man hat — um mit Ständerat Wahlen zu sprechen — «auf beiden Seiten gelernt, die Dinge von höherer Warte aus zu betrachten. Die positiven Anknüpfungspunkte für eine beiden Seiten und damit dem Gesamtwohl dienliche Ausgestaltung des gegenseitigen Verhältnisses sind in der Tat so zahlreich, dass diese Grund zu berechtigter Hoffnung auf eine geistig vertiefte Zusammenarbeit über den Krieg hinausgeben». In diesem Sinne möge aus dem grossen Anbauwerk heraus durch die Zusammenarbeit aller Kreise die gesunde vaterländische Gesinnung und schweizerisch-demokratische Staatsauffassung weiterhin gedeihen und erstarken.